



SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION DARMSTADT

SPD-Stadtvordnetenfraktion
Darmstadt
Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt

Fon: 06151 – 2 79 02 75
Fax: 06151 – 2 79 02 71
info@spdfraktion-da.de
www.spdfraktion-da.de

Haushaltsrede Michael Siebel

SPD Fraktionsvorsitzender der Stadtverordnetenfraktion in Darmstadt

3.11.2019 – es gilt das gesprochene Wort –

Die Debatte um den städtischen Haushalt ist die Königsdisziplin unter den Debatten im Stadtparlament. Die Debatten der vergangenen Jahre wurden aber eher so geführt, dass der Magistrat dem Parlament die Welt erklärte und das Parlament - insbesondere die Opposition - wie ein Hofnarr behandelt wurde, über dessen Haushaltsanträge die Regierung verächtlich lächelte.

Eine beliebte Erklärung der Regierung, Haushaltsanträge der Opposition abzulehnen, ist der Hinweis darauf, dass man einfach eine Zahl gegriffen hätte, oder die Finanzierung unsolide sei.

Ich weise diesen Vorwurf zumindest für meine Fraktion zurück. Jeder unserer Vorschläge ist solide gegenfinanziert. Das liegt daran, dass wir dem Haushalt eine andere Grundstruktur geben würden. Sie bilden Rücklagen in Eigenbetrieben, die sie nicht bilden müssten. Es ist legitim das zu tun, aber wir sehen das anders.

Zum Thema „gegriffene Zahlen“ folgendes:

Ich greife zwei Anträge der Koalition und Kooperation heraus, die waren dermaßen unkonkret und mit gegriffenen Zahlen versehen. Beispiel: für den Waldschutz und Waldumbau 100.000.-€ bereit zu stellen, um ein Monitoring zu ermöglichen und klimaresistente Arten anzupflanzen. Oder den Antrag 100.000.-€ zur Umsetzung des Antrags „Höchste Priorität für den Klimaschutz, Weltklima in Not, Darmstadt handelt“.

Hochverehrte Kolleginnen und Kollegen des Magistrats und der Regierungsfractionen. Wer so mit dem Klimaschutz umgeht, nachdem die eigene Analyse des Klimaschutzplans ein desaströses Ergebnis erbrachte, lediglich 1,2% CO² Reduzierung in 5 Jahren, was heißt, dass wir die Klimaziele in Darmstadt erst im Jahr 2079 erreichen, nicht 2035, der handelt nicht verantwortungsbewusst und vorausschauend. Wenn die Länge so dramatisch ist, wie wir sie alle sehen, dann müsste viel mehr Geld eingestellt werden und der Kämmerer müsste gezwungen werden, die Liquiditätsrücklage nicht schon in diesem, sondern erst im kommenden Jahr zu bilden.

Aber wir werden unserer Rolle des Hofnarren gerecht und beantragen 400.000.-€ mehr zur Umsetzung von Maßnahmen im Klimaschutzprogramm Produktbereich 14 Produkt 561040 – gerade vor dem Hintergrund der Berichterstattung der letzten Tage, des Brandbriefs der Initiative Klimaschutz und der gestern übergebenen über 5000 Unterschriften an den Magistrat.

Aber vielleicht schaffen wir es ja, in dieser dritten Lesung die tradierten Haushaltsberatungen, hier der Hofnarr und dort der König, zu überwinden.

Dies aber nicht ohne Ihnen etwas über die eigentliche Rolle und Funktion von Hofnarren zu sagen: Oft waren Narren am Fürstenhof klüger, geistreicher und ideenreicher als die Herrscher selbst. Das sprachen diese zwar nie aus, aber es entwickelte sich oft ein Beraterverhältnis, das den Hofnarren zu

einer wichtigen Person werden ließ. Es war die Aufgabe des Hofnarren, dem Herrscher nicht nach dem Mund zu sprechen, sondern ehrlich seine Meinung zu sagen. So konnte der Hofnarr Dinge aussprechen, die andere sich nicht leisten konnten. Diese Rolle des Hofnarren ist gerade heute von großer Bedeutung.

Ich möchte nicht jede Entscheidung von Ihnen im Hinblick auf den Haushalt grundsätzlich in Frage stellen, aber bei einigen Dingen ein fundamentales Fragezeichen machen. Das fängt bei der Sozialpolitik an. **Wir beantragen einen Mindestlohn von 12.-€ für alle städtischen Bediensteten und all jene des EAD sicher zu stellen.** Die Begründung ihrer Ablehnung in der 2. Lesung war schwach. Man wolle nicht in die Tarifautonomie eingreifen, als ob der Mindestlohn an sich nicht bereits ein Eingriff in die Tarifautonomie ist. Das haben wir im Einvernehmen mit den Gewerkschaften gemacht, weil das Tarifsystem in manchen Bereichen nicht mehr funktionierte.

Und hochverehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben mir in der 2. Lesung gesagt, dass der Haushalt der Stadt Darmstadt nicht auf der Bundeskonferenz der Grünen beraten würde. Das stimmt. Ich werfe ihnen aber vor, dass ihre Partei auf der einen Seite muntere Beschlüsse – zum Thema 12.-€ Mindestlohn - trifft und sie in Darmstadt das nicht umsetzen.

Wir wollen, dass Menschen von ihrem Lohn leben können und dass harte Arbeit angemessen entlohnt wird. Da hat die Stadt eine besondere Verantwortung und wenn diese Stadtverordnetenversammlung heute ein Signal setzt, dass alle städtischen Bediensteten mindestens 12.-€ die Stunde bekommen, dann ist dies ein starkes Signal. Ein Signal, dass wir die Leitung unserer Mitarbeiter*innen wertschätzen und dass wir die Kraft haben, dies auch umzusetzen.

Auch deshalb beantragen wir erneut, die Eingruppierung der Erzieher*innen von der 8a in die 8b vorzunehmen. Das macht für eine Erzieherin 679 bis 5377 € pro Jahr aus. Und Frau Akdeniz, wir nehmen Ihren Vorschlag auf und beantragen eine Kommission, die sich mit der besseren Bezahlung von Menschen im erzieherischen Bereich befassen soll und bis Mitte des Jahres Vorschläge dazu erarbeiten soll. Unter Beteiligung der Betriebsräte und der zuständigen Gewerkschaften. Wenn wir es ernst meinen mit der frühkindlichen Bildung, dann gehören diejenigen, die das Tag für Tag in den Kitas machen, wertgeschätzt. Andere Städte tun dies auch. Wir gleichen zusätzlich noch einen Wettbewerbsnachteil Darmstadts aus.

Lassen sie uns den Mut haben, etwas für unsere Erzieher*innen zu tun und lassen sie uns einen Beitrag zu qualitativen Verbesserung der Arbeit leisten.

Wir haben in der zweiten Lesung über das Thema Job-Ticket diskutiert und wir wollen ja, dass wir in den Beratungen auch zu einem Erkenntnisgewinn kommen. Zumindest wir nehmen das für uns in Anspruch. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, dass städtische Bedienstete ein Jobticket bekommen und solche, die im Auftrag der Stadt Leistungen in Unterschiedlichen Bereichen erbringen, dies nicht in Anspruch nehmen können. Das ist der Fall bei Erzieher*innen, bei Arbeitenden in der Jugendpflege und in der Altenpflege. Deshalb fordern wir den Magistrat auf, mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege gemeinsam eine Lösung zu finden. Alles andere wird von den Betroffenen als Ungerechtigkeit empfunden – und das wollen weder sie noch wir.

Ich möchte gerne eine Vokabel des Kämmerers aus seiner Haushaltsrede aufnehmen. Er sprach an verschiedenen Stellen davon, welche Maßnahmen im Haushalt einen Beitrag zu einer klugen Risikovorsorge leisten würden. Und er sprach davon, dass die Bereitstellung von Gewerbeflächen zu einer solchen Risikovorsorge beitragen würde.

Er sprach auch davon, dass Wohnungsbau der Risikovorsorge dienen würde, weil 15% der Einkommenssteuer bei der Stadt blieben.

Ich möchte diesen Gedanken aufnehmen, nenne es aber nicht Risikovorsorge, sondern Daseinsvorsorge. Aber warum haben sie dann den Antrag der SPD, einen dritten Förderweg für mittlere Einkommen aufzulegen, abgelehnt? Wir wollen damit jenseits der nicht ausreichenden Quoten des hessischen Wohnraumgesetzes bezuschussten Wohnraum für mittlere Einkommen öffnen. Wir wissen, dass die mittleren Einkommen prozentual die höchste Quote im Bezug auf ihr Einkommen bezahlen. Mittlere Einkommen haben zwei Chancen, in Darmstadt wohnen zu bleiben:

entweder sie zahlen 50% oder 60% von ihrem Einkommen für Miete, oder sie „verkleinern“ sich, sie wohnen in Wohnungen, die für ihre Familien eigentlich zu klein sind. Beides ist nicht menschenwürdig und deshalb lassen sie uns qualifiziert darüber reden, was wir genau für diese Bevölkerungsgruppe tun können. Die SPD will, dass mittlere Einkommensgruppen auch in Darmstadt gut leben und wohnen können.

Ich will ein weiteres Beispiel für unausgereifte Haushaltspolitik der Koalition benennen: Sie haben 10 Mio. im Haushalt für den Aufkauf von Grundstücken stehen. Mit den nicht verausgabten Mitteln aus diesem Jahr sogar ca. 18 Mio.€. Warum sträuben sie sich dagegen, für die Mittel zum Ankauf von Grundstücken ein Konzept zu erarbeiten, welche Flächen denn rückgekauft werden sollen. Eine vorsorgende Bodenpolitik bedeutet, dass wir wieder mehr Grund und Boden in die Obhut der öffentlichen Hand bekommen, dass wir das Prinzip Erbpacht wieder aufleben lassen.

Das ist auch notwendig, um private Bauherren zu motivieren Wohnungsbau zu betreiben. Die wollen keine Stadtregierung, die ihnen nach dem vermuteten Mund redet, sondern die wollen eine Stadtregierung, die selbstbewusst sagt, was sie will, wo es langgeht und was die Entwicklungsziele sind. Wir wissen schon heute, dass die 10.000 Wohnungen bis 2020 – sollten sie gebaut oder zumindest geplant sein - nicht ausreichen. Wir brauchen 15.000 Wohnungen.

Deshalb hat meine Partei neuen Wohnungsbau zwischen Arheilgen und Wixhausen in die Diskussion gebracht und herzlichen Dank an die Koalition, die unserem Antrag auf Einstellung von Planungsmitteln für eine Straßenbahn nach Wixhausen zugestimmt hat. Da ist dann plötzlich der Hofnarr zum König geworden.

Ein paar Takte zur Gesamtsituation dieses Haushalts. Zwischen der Beratung im Magistrat und der Einbringung ist viel passiert. Es zeigte sich, dass die Auswirkungen des „gute Heimat Gesetzes“ für Darmstadt nicht so gravierend sind, wie anfänglich befürchtet. Lediglich 1,5 Mio. € muss Darmstadt in der Bilanz draufzahlen. Das „gute Heimat Gesetz“ ist trotzdem falsch, weil es die Freiheit der Finanzgestaltung der Kommunen und somit auch der Stadt Darmstadt einschränkt.

Und dieser Haushalt hat sogar noch Reserven über den 19,8 Mio. Überschuss, aus dem die Liquiditätsreserve schon in diesem Jahr gebildet wird – Sie müssten es erst im kommenden Jahr. Es war vorbereitet, aus Grundstücksverkäufen 20 Mio. mehr auszuschütten. Ihre Worte: „das ist zur Zeit nicht notwendig“. Bei aller berufsbedingten Vorsicht eines Kämmerers – die Einnahmesituation der Stadt stellt sich so gut wie selten da. Die Haushaltslage stellt sich gut da. Die Gewerbesteuereinnahmen haben sich in ganz Hessen positiv entwickelt und so auch in Darmstadt. Der Arbeitskreis Steuerschätzung geht von einem Wachstum von 0,5% aus – der Kämmerer geht davon aus, dass die Gewerbesteuer nicht wächst.

Die Einkommensteuer wächst um 3,6% stetig und stabil. Auch hier kalkuliert der Kämmerer vorsichtig. Weitere Ausschüttungen städtischer Unternehmen wären möglich, werden aber aufgrund der guten Finanzsituation nicht vorgenommen.

Aus Sicht eines Kämmerers ist das legitim, aber eine Stadtregierung muss das Große und Ganze im Blick haben.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer heftig über die Erhöhung der Grundsteuer B gestritten. Sie wurde 2012 von 370 Punkte auf 460 Punkte erhöht. 2015 erfolgte die nächste Erhöhung von 460 auf 535 Punkte. 2018 wollte der Magistrat die Grundsteuer ein drittes Mal von 535 auf 650 Punkte erhöhen. Das ist am Widerstand der nicht Koalitionsfraktionen gescheitert. Die gute Finanzlage ermöglicht es uns jetzt, den Bürgerinnen und Bürgern wieder etwas zurückzugeben. Die Grundsteuer belastet alle, Hausbesitzer und Mieter. Wir konnten uns bisher noch nicht durchsetzen, die Umlagefähigkeit auf die Miete abzuschaffen.

Deshalb beantragen wir, die Grundsteuer moderat um 20 Punkte auf 515 Punkte zu senken, was bedeutet, dass im kommenden Jahr Bürgerinnen und Bürger knapp 1,5 Mio. € weniger bezahlen müssen.

Bürgerinnen und Bürger müssen auch entlastet werden, wenn es an der Zeit ist. Die Grundsteuerschraube darf nicht immer weiter angezogen werden sondern, wenn es geht, müssen auch die Bürger*innen entlastet werden.

Diese Diskussion haben wir in anderen Kommunen bereits geführt. Lassen sie mutig sein, als erste Kommune Hessens die Konsequenz aus der unerwartet guten Haushaltslage zu ziehen und die Grundsteuer moderat zu senken.

Und Herr Schellenberg, wenn sie noch eine weitere Deckung haben wollen, dann gerne: Im Personalhaushalt beziffern sie den Finanzbedarf auf 120,9 Mio.€ Sie müssen von der Vollbesetzung aller Stellen ausgehen. Der Finanzbedarf liegt aber nach ihren eigenen Aussagen 12% niedriger und das stabil in den letzten Jahren, weil – bedauerlicherweise – nicht alle Stellen besetzt werden können. Sie kalkulieren eine Nichtbesetzung von 8% im Haushalt ein. Auch das ist eine gegriffene Zahl, aber 10% wären durchaus vertretbar.

Ich möchte damit schließen, nicht zu vergessen, mich bei den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung zu bedanken, die wesentlich dazu beigetragen haben, dass wir diesen Haushalt beraten können und ich will das ausdrücklich hervorheben, uns auch damit beraten haben.

Zum Schluss will ich nochmal die Geschichte vom Hofnarren aufnehmen.

Es gibt eine alte Geschichte von einem König, der sich nach der Sitte seiner Zeit einen Hofnarren hielt. Dieser Narr hatten das Recht, den Königen die Wahrheit zu sagen, auch wenn diese bitter war. War sie bitter, dann hieß es einfach: „Er ist halt ein Narr!“

Eines Tages schenkte der König dem Narren einen silbernen Narrenstab mit einem goldenen Glöckchen daran und sagte: „Du bist wirklich der größte Narr. Solltest Du aber mal einen größeren Narren als Dich finden, dann musst Du ihm diesen Stab weitergeben.“ So machte sich der Narr auf den Weg, suchte hier wie da im ganzen Land, ob er denn jemand finden würde, der noch närrischer oder verrückter wäre als er selbst.

Sie wissen vielleicht wie die Geschichtet endet: Auf dem Sterbebett wurde dem König klar, dass er trotz all seiner Macht nicht verhindern konnte, „auf eine große Reise“ zu gehen. Da legte der Narr den Stab auf das Bett des Königs und sagte: „Nimm den Stab. Du hast gewusst, was zu tun wäre und du hast es versäumt. Du bist der eigentliche Narr“.